

Danziger Zeitung

No 18164.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag allein Kaiser Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3,50 M., durch die Post bezogen 2,75 M. — Inserate kosten für die sieben Gespanne gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf.
— Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Unser Wahlrecht.

Seit dem 20. Februar hat sich die Zahl der Gegner unseres Wahlrechts nicht vermindernt. Im Gegenteil — in den Organen der Cartellparteien wird ganz offen die Frage ventilirt, wie man das geltende Wahlrecht einschränken könne. Hoffentlich werden alle solche Pläne zu Schanden werden, besonders wenn die Wähler bei den Stichwahlen dessen eingesenkt bleiber, daß die Wahl unter allen Umständen nur auf solche Männer fallen darf, welche jeder Schmälerung der Volksrechte, insbesondere des Wahlrechts, entgegenzutreten entschlossen sind.

Eine Revision des Wahlgesetzes halten auch wir für geboten, aber nach der Richtung hin, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ganz zur Wahrheit und mit noch höheren Garantien und wirtschaftlichem Schutz umgedeutet werde. Nur zu häufig legt man auf die großen principiellen Gesichtspunkte das alleinige und ausschließliche Gewicht, während auch die Ausführungsbestimmungen in weit höherem Maße die Ausmerksamkeit in Anspruch nehmen sollten, als das bisher der Fall gewesen ist.

Greifen wir heut einmal einen einzelnen Punkt heraus: die Eintheilung der Wahlbezirke. Bei Förderung des Antrages der freisinnigen Partei in Bezug auf die Wahrheit des Wahlgeheimnisses wies der freisinnige Antragsteller darauf hin, daß man auch die Frage der Eintheilung der Wahlkreise in die Wahlbezirke in Zukunft in nähere Erwägung werde ziehen müssen. Schon im Januar 1876 verlangte der nationalliberale Abgeordnete Böck und seine Freunde eine Revision des Reichswahlgesetzes und des Wahlreglements, indem er zu a. die großen Unzuträglichkeiten hervorhob, welche die außerordentlich kleinen Wahlbezirke herbeiführten. Er sagte:

„Wenn an einem bestimmten Orte nur 10 bis 12 Wähler sind, so kann doch von einer geheimen Stimme abgabek keine Rede mehr sein. Wenn es auch 20 bis 40 sein sollen, wird von einer geheimen Stimme abgabek kaum mehr gesprochen werden können. Ich glaube, daß also in der Richtung schon eine Grenze zu ziehen wäre, unter welcher in Beziehung auf die Bevölkerungszahl herunter ein Wahlbezirk nicht mehr zulässig wäre. Wenn die Stimme abgabek zu klein gemacht werden, so finden sich die Leute, welche das Geschäft ordentlich handhaben können, nicht vor; man muß es ungewöhnlich selbständig in der Richtung sind, daß sie die Wahlbehörde die geheime Stimme abgabek schüren, ebensoviel ist vor. Und es finden sich auch Leute nicht vor, welche eine gewisse Kontrolle über den richtigen und ordnungsmäßigen Gang der Wahlhandlung übernehmen. Deshalb glaube ich, daß es im Interesse der sicherer Verhandlung der Stimmen, der richtigen formellen Abwicklung und der Geheimhaltung nothwendig ist, daß die Stimme abgabek nicht ins Unendliche zu verkleinern sind, und daß wir hierin, wie wir bereits eine Maximalgrenze im Gesetz haben, so auch eine Minimalgrenze festlegen müssen. Ich muß keinem Wähler eine lange Reise zu, glaube aber, man kann, wenn es im Interesse einer richtigen Formierung, nicht angschließen Stimme abgabek nothwendig ist, dem Wähler zumutzen, daß er auch manchmal etwas über sein Dorf

hinausgeht. Wer sich scheut, eine halbe oder eine ganze Stunde weit zu gehen, um sein Wahlrecht auszuüben, an dessen Wahlrecht hat das deutsche Volk in der Regel wahrhaftig nichts zu verlieren.“

Wir treten dieser Erklärung des Abg. Böck bei und bedauern nur, daß seither nichts geschehen ist, um die Angelegenheit im Wege der Gesetzgebung zu erledigen.

Die Conservativen wollen freilich nichts davon wissen. Sie kennen den Wert der kleinen Bezirke sehr genau. Als in der Sitzung vom 15. Januar 1890 der Abg. Richert diesen Punkt einem späteren Antrag vorbehält, erklärte sich sofort der Abg. Müller-Märker wieder gegen eine derartige geschichtliche Regelung, indem er ausführte:

„Wenn der hr. Abg. Richert meinte, zur Sicherstellung der geheimen Wahl wären vor allen Dingen größere Wahlbezirke nothwendig, so wird man an diese Eventualität im Osten nur mit großer Sorge denken. Denn was der gemeine Mann, der arme Tagelöhner an dem Reichstagswahlrecht nicht an letzter Stelle röhrt, ist die Bequemlichkeit der Wahl für ihn, die Möglichkeit, das Wahlrecht auszuüben, ohne seinen Erwerb für einen ganzen Tag aufzugeben. Wenn man die Wahlbezirke größer macht und die Entfernung, die zum Wahlort zurückzulegen sind, vergrößert, so erhöht man in einer sehr erheblich ins Gewicht fallenden Weise gerade diese armen Leuten die Ausübung der Wahl.“

Auf diese Bemerkung des Abg. Müller-Märker, der überhaupt bei den Wahlprüfungen die Quintessenz conservativer Anschaulungen stets zur Geltung gebracht hat, ist bereits im Jahre 1876 von dem nationalliberalen Abg. Böck die richtige Antwort gegeben. Wenn die Herren doch sonst ebenso eifrig besorgt wären um die armen Wähler.

Wenn die einzelnen Gutsbezirke für sich allein Wahlbezirke sind, so ist natürlich, daß dort wie von selbst das Geheimniß der Wahl fortfällt. In einer Berliner Zeitung war neulich ein Bild von der Wahlfreiheit eines solchen Gutsbezirks gegeben. Da steht es: Der Gutsbesitzer: Wahlvorsteher, der Inspector: Protokollführer, der Brennereiverwalter, der Mühlenwerkführer und der Speicherverwalter bilden stets den Wahlvorstand.

Es liegt auf der Hand, daß solche Wahlbezirke für die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß geradezu gefährlich sind. Wir sind auch überzeugt, daß die Wähler es vorziehen werden, eine halbe Meile zu gehen und frei ohne Kontrolle abstimmen zu können, als mit der Bequemlichkeit die Wahlfreiheit einzubüßen. Namentlich aus Mecklenburg sind in dieser Beziehung in letzter Zeit sehr starke Klagen gekommen. Man verlangt von dort sehr dringend, daß die Wahlbezirke vergrößert werden, und vor allen Dingen, daß die Gutsbezirke nicht zugleich Wahlbezirke sein dürfen.

Diese Frage, die für den Ausfall der Wahl von viel größerer Bedeutung ist, als man meistens annimmt, verdient in der That schon in der nächsten Session wieder vor den Reichstag gebracht zu werden. Hoffen wir, daß die freisinnige Partei es tut, wie sie es durch einen ihrer Redner in Aussicht gestellt hat.

etwas dagegen hatte, daß das hübsche Schweizerhaus zum nächsten Herbst fertig stehend sollte. Es entstand eine allgemeine Mühskumming, als Jakob eines Abends ohne jede Spur eines Grundes, kurz und gut seinen Willen dem entgegenstieß, worüber sie sich alle so gefreut hatten. Johann Henrik hatte klar und deutlich alles gesagt, was zu sagen war; die Mutter wünschte es auch sehr; der Plan war in allen Theilen so prächtig geordnet; aber es war wie für taube Ohren geprahnt.

„Du machst den Kindern manchen Kummer durch deinen Eigentüm, Jakob!“ sagte Alette aufgeregt. „Johann Henrik hat damit so viel Mühe und Arbeit gehabt! Ich sah, wie es ihm nahe ging.“

„Ich muß gestehen, mir wäre es lieber, wenn Johann Henrik seinen Kopf und seine Arbeit zu seinem Nutzen, was seiner Zukunft dienlich wäre. Er tut alles, nur das nicht, was er soll!“

„Das ist recht, mache ihm Vorwürfe wegen seiner Fähigkeiten; er hat sogar den Architekten überzeugt.“

„Ich wünschte, er könnte auch die Professoren überzeugen. Er ist überhaupt ganz merkwürdig für die consumirende Seite des Lebens entwickelt, ganz wie der Sohn reicher Eltern.“ Er warf ihr einen Blick zu.

„Du meinst wohl, daß ich dafür verantwortlich bin, Jakob? Du hast jedenfalls den Vortheil, Jungen zu können, daß du nicht an sie gedacht hast, außer, wenn sie einmal eine Gräfe oder Soeite bekommen haben. Darum hast du auch nie ihr Vertrauen besessen, und es ist dir nicht leid, ihnen eine Freude zu fören. Sei überzeugt, daß sie den heutigen Abend an dem Ihnen eine schöne Hoffnung zerstört wurde, nicht vergessen werden. Du nimmst Ihnen den Glauben, Jakob! Ich für meine Person würde mich schon gern darein finden, wenn ich nur einen triftigen Grund sehen könnte. Aber nur Nein und Nein! das wirkt auf keinen gut. Ich hätte mich so hineingelegt, in Gedanken alles eingerichtet mit den Immern für Johann Henrik, wenn er mit der Studentenmütze nach Hause kommen wird, für Alf und Elisabeth, und für ihren Brüderl.“

„Aber nein! fort damit! Ich, der Hausherr will es nicht.“

Er sah, wie sie dem Weinen nahe war über die Enttäuschung, wie sie für jeden Wunsch der Söhne kämpfte.

„Nun, so baue weiter, baue weiter.“ Er stöhnte vor dem trüben Gesicht.

XVI.

Das war Jörgen Bervens sein lachtester, vom Schmuck beprähter Wagen, mit dem prächtigen

Das Wachsen der socialdemokratischen Stimmen in den Stadtbezirken seit 1878.

	1878.	1881.	1884.	1887.	1890.
Berlin I.	2 121	0	821	2 176	3 586
II.	7 583	3 159	9 282	19 751	19 339
III.	6 914	2 456	6 344	9 088	12 278
IV.	20 224	13 573	25 386	32 084	40 521
V.	3 615	0	2 444	4 803	7 332
VI.	15 707	10 629	24 258	30 453	42 394
Hamburg I.	10 491	7 563	12 282	14 497	17 031
II.	12 447	9 439	14 306	18 672	22 093
III.	6 691	1 080	10 922	17 803	27 250
Breslau I.	6 593	5 243	6 019	7 781	9 996
II.	6 412	4 954	6 221	8 032	11 404
München I.	1 997	1 790	3 482	4 563	7 539
II.	3 252	2 972	6 399	11 335	17 717
Dresden I.	7 433	6 231	6 514	6 942	11 054
II.	9 870	8 079	8 620	9 175	13 427
Leipzig	5 822	6 482	9 676	10 087	12 921
Ahl	2 189	2 474	4 151	4 952	10 688
Magdeburg	6 253	5 541	8 112	11 438	17 256
Frankfurt a. M.	4 080	4 704	7 965	8 640	12 653
Abnigsberg	1 108	248	4 351	7 987	12 300
Hannover	6 588	5 515	8 839	12 210	15 752
Stuttgart	4 136	4 131	3 346	4 496	10 372
Bremen	6 304	4 616	4 880	7 743	14 843
Düsseldorf	926	305	1 048	2 933	7 502
Nürnberg	10 162	9 669	12 582	14 857	16 809
Danzig	114	43	577	2 279	3 525
Cir. Hburg	141	89	0	103	4 770
Chemnitz	9 899	10 256	14 412	15 356	24 192
Eiderfeld - Barmen	11 235	7 949	13 031	15 655	18 094
Altona	11 662	8 971	10 770	15 120	18 240
Stettin	914	910	1 139	4 276	7 761
Aachen	908	588	864	905	1 744
Crefeld	487	398	1 181	1 917	3 025
Br. unschweig	7 876	5 703	6 764	10 659	12 804
Halle	1 048	1 173	3 535	6 590	12 390
Lübeck	1 588	877	2 432	4 254	6 258

Die vorstehende Tabelle enthält die 86 Bezirke, die ausschließlich oder ganz überwiegend städtische Bevölkerung haben. Gleichmäßig ist fast überall der Rückgang der sozialistischen Stimmen bei der Wahl von 1881, die natürliche Folge der durch das Socialistengesetz bewirkten Zerstörung der alten Organisation der Partei. Es bedurfte eines längeren Zeitraumes, um eine neue Organisation ins Leben zu rufen; als dies geschehen war, begann 1884 eine Zunahme der Stimmen, die trocken Prozesse wegen Geheimbündeln nicht nur 1887 und 1890 anhält, sondern von Wahl zu Wahl größere Dimensionen annimmt. Besonders auffallend ist die Steigerung von 1887 bis 1890; da finden wir Städte, in denen sich die sozialistischen Stimmen mehr als verdoppelt (Stuttgart von 4496 auf 10 872, Köln von 4952 auf 10 688) oder fast verdoppelt haben (Bremen von 7743 auf 14 843).

Bemerkenswert ist, bemerkt dazu die „Frankfurter Zeitung“, das Vordringen der Socialdemokratie in den katholischen Städten, wo während des Kulturkampfes sozialistische Stimmen kaum vorhanden waren und auch 1878 noch unansehnliche Minderheiten darstellten. Die 2770 Stimmen, die in diesem Jahre Stralsburg für Bevel ergeben hat, kommen nicht auf

schwarzen, schweißtreibenden Pferde davor, der durch die Psorie in den Hof von Jakobs Haus rollte.

„Sind Sie zu Hause? Ich meine, Herr Mörck? — So — im Bureau. Bringt das Pferd hinein, stirgle es gut und büsst es nachher. Warte ein wenig, ehe du ihm Wasser gibst“, rief er, mit der Reitetasche in der Hand die Treppe hinaufsteigend.

Das waren noch immer dieselben günstlichen Bewegungen, nur die Gestalt war ein wenig magischer und knöchiger geworden und an Akin und Wangen zeigten sich einige graue Haare im Bart.

Schon im Flur begegnete er Jakob, der ihn ins Wohnzimmer führen wollte.

„Ach nein, las uns erst unsere Geschäfte im Bureau abmachen“, sagte Berven.

„Ich glaube, du würdest erst ein Glas Wein nach der Fahrt trinken.“

„Nein, nein, du weißt, da drin ist immer so viel Reden und Fragen. Es ist besser, das nachher zu hören.“

„Aber was ist denn geschehen, Jakob?“ fragte er, als die Thür zum inneren Bureau geschlossen war. „Du spiegst mich sonst nicht auf diese Art einzuladen. Ich bekam den Brief bis mittleren in den Wald geschickt. Schlechte Laune, sehe ich. Du gehst doch nicht ängstlich umher, Jakob?“ Er stand und sah ihn an. „Du rechnest doch nicht darauf, mich in etwas hineinzulegen? Dazu kommst du mir nicht, nicht für mein Leben!“

„Ich spekuliere eher, mich aus etwas herauszubringen. Dieser Boraaswald macht mir graue Haare.“

„Von, der Wald ist schon gut!“

„Wie haben unseren vierten Partner loslassen müssen. Möhlsen, Ringnass und ich. Er wird wohl in einigen Tagen Bankrott machen. Ich bin gerade jetzt in solcher Geldverlegenheit. Es sind schwere Verpflichtungen, die ich jetzt übernehme mußte, und überall ist ein Geldmangel, der nicht zu beschreiben ist. Das einzige Sichere sind die Ausgaben. Ja, nun habe ich für das Jahr alles glücklich geordnet.“

„Ich mußte auf alle mögliche Weise Geld aufzutreiben und die Geschäftskasse ist wie ein leerer Zoh. Ich stehe ich da und habe meine liebe Noth, die täglichen Zahlungen zu bestreiten.“

„Ich versichere dir, das Herz klopft mir, wenn Leute ins Bureau kommen; ich kann nicht mit Versprechungen bezahlen, ich muß Geld in Händen haben.“

„Du bist nicht an Mängeln gewöhnt.“

„Nun ja, Jörgen! kurz und gut, du kannst mir viel Sorge abnehmen, wenn du mir ein Jahr fünfzehntausend Kronen leihen wolltest, die ich

Rechnung der Socialdemokratie, es sind bis jetzt etliche Hunderte Stimmen der französischen Protestanten, die ihre Stimmen bemerkbar machen wollten.

form von Erinnerungen an einzelne Ereignisse mittheilen.

✓ Berlin, 25. Februar. Die heutigen Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrathes begannen mit der Berathung des Erlasses reichsgeschäftlicher Bestimmungen, die Strafbartigkeit der Versäufung von Futtermitteln betreffend. Oekonomierath v. Langsdorff-Dresden bemerkte hierzu, daß man in Sachsen dieser wichtigen Frage bereits näher getreten sei. Der vorliegende Landesculturrath habe an die k. sächsische Regierung das Erfuchen gerichtet, daß „der Verkauf verborbener oder ihrer Zusammensetzung nach zu Futterzwecken ungeeigneter Futtermittel für strafbar erklärt“ werde. Dazu aber in dieser Angelegenheit einen nachhaltigen Erfolg nur erreichen könne, wenn die gewünschte Strafbartigkeitserklärung im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt werde, darüber könne kein Zweifel sein. Er bitte daher die Beratung, nachstehenden Antrag, der sicher in den weitesten Kreisen der Landwirthe bestmöglich begrüßt werden würde, möglichst einstimmig anzunehmen: „Der deutsche Landwirtschaftsrath wolle beschließen: an die Reichsregierung die Bitte zu richten, in Erwägung ziehen zu wollen, in welcher Art der Handel mit Futtermitteln durch ein Gesetz nach Analogie der menschlichen Nahrungsmitte der behördlichen Aufsicht zu unterstellen sei.“ In der Debatte wies Prof. Märcker-Halle darauf hin, daß von 3031 innerhalb der letzten 13 Jahre untersuchten Futtermitteln nicht weniger wie 12,3 Proz. verfälscht gewesen seien. Hiergegen sei Hilfe dringend nötig. Doch meine er, daß der Weg der Selbsthilfe von der deutschen Landwirtschaft noch lange nicht genügend erschöpft sei. Erst dann sei die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen. Vor allem sei es nötig, den landwirtschaftlichen Versuchs-Sationen einen amtlichen Charakter zu geben, damit sie durch Veröffentlichung ihrer Analysen nicht der Beleidigung oder Geschäftsschädigung schuldig machen. Den kleineren Landwirthen müßten die Futtermittel unentgeltlich untersucht werden. Viel, sehr viel könnte hierin auch auf dem genossenschaftlichen Wege erzielt werden. Der Correspondent Dr. v. Canstein ist ebenfalls gegen ein besonderes Gesetz, beantragt dagegen die Wahl einer Commission, welche sich mit den größeren Futtermittelfirmen in Verbindung setze, um diese dazu zu bewegen, einmal bei jedem Verkaufsgeschäft einen bestimmten Mindestgehalt an Gewichtskräften und Fett zu garantieren und auch ohne Aufforderung in den Rechnungen mitzuheilen und ferner etwaige Mindestwerte nach den mit jeder Fabrik zu vereinbarten Sätzen dem Räuber zu vergessen.“ Weiter beantragte er, „den Verband der deutschen Landwirtschaftlichen Versuchs-Sationen zu ersuchen, in seiner nächsten General-Verksammlung über folgende Fragen zu berathen: a) eine Vereinbarung derjenigen Methoden, nach welchen die Futtermittel behufs ihrer Kontrolle zu untersuchen sind; b) eine Auffstellung der Bestimmungen, nach welchen die Probenahme behufs Herbeiführung von Untersuchungen zu erfolgen hat; c) Vereinbarungen über die zulässige Anwendung fremder Bestandtheile in den Futtermitteln nach Art und Menge. Zu diesen Verhandlungen sind auch Handelschemiker und Vertreter größerer Futtermittel-Fabriken heranzuziehen.“

Außerdem stellte Dr. v. Canstein noch die Anträge, daß jene mit dem Recht der Cooporation zu versehende Commission sich an den Verband deutscher Müller zu Berlin wende, um 1) zu verhandeln, auf welche Weise die Müller zu Garantien für die von ihnen verkauften Fleißen und sonstigen zu Viehfutter zurecht gemachten Waren herangezogen werden können; und 2) die Begriffe der Verunreinigung und Verfälschung der Futtermittel möglichst genau auf Art und Menge festzustellen, damit die Gerichte die notwendigen und allgemein anerkannten Grundsätze zur Strafrechtlichen Verfolgung erhalten.“

Endlich sollen „die landwirtschaftlichen Provinzial- und Centralvereine erachtet werden, 1) auf die Bildung möglichst vieler Consumentvereine hinzuwirken, damit durch den gemeinsamen Bezug in ihrem Werth garantirte Futtermittel aus besten Quellen und durch die bei jeder Sendung veranlaßte Untersuchung durch Controllstationen auch die Kreise kleiner und kleinster Grundbesitzer zu billigen und wertvollen Futtermitteln gelangen können, und 2) in Erwägung zu nehmen, ob und auf welche Weise die Prüfung der Futtermittel durch die Controllstationen im Interesse der kleineren Landwirthe verbilligt werden können, sofern nicht für diese eine unentgeltliche Prüfung sich einführen läßt.“

Rittergutsbesitzer v. Below-Galeske beantragt: „Es ist dahn zu wirken, daß den Vorstehern landwirtschaftlicher Versuchsstationen beigelegt ihrer Gutachten eine derartige Stellung gegeben werde, daß sie bei ihrem Vorgehen gegen die Verfälschungen landwirtschaftlicher Verbrauchsartikel nach Maßgabe des § 193 des Strafgesetzbuchs wirksam geführt werden.“ Nach längeren Debatten wurde der Antrag von Langsdorff mit 23 gegen 19 Stimmen und die Anträge von Canstein und von Below mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf trat die Versammlung wieder in die Berathung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs ein.

✓ Berlin, 25. Februar. Gleichzeitig mit dem deutschen Landwirtschaftsrath tagte heute im Archivhaus der Congress deutscher Landwirthe, dessen Sitzung vom Kriegsministerium der Wirkl. Geh. Kriegsrat Kreidels, vom Cultusministerium Landrat v. Molitor, vom Justizministerium Geh. Ober-Justizrat Kümel, vom landwirtschaftlichen Ministerium Landrat Wenckebach und vom Reichsjustizamt Wirkl. Geh. Ober-Justizrat Dr. Hagens betrieben. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Debatte, also die Frage der regelmäßigen Einlassung des Frühjahrs hochwassers in die Niederkünste. Professor Schlichting von der technischen Hochschule, die bekannte Autorität auf diesem Gebiet, und Graf Bernstorff Wehringen, welche das Referat und Correspondent übernommen hatten, begründeten die Notwendigkeit, durch anderweitige Wasserkontrolle den Überflutungsmöglichen rationeller, als bisher geschehen ist, entgegenzuireten. Es dürfte doch wohl besser sein, alljährlich nach einem einheitlichen Plane bestimmte Staatsmittel zu dem Zwecke zu verwenden, die durch die Deiche veranlaßte Überschwemmungsgefahr und sonstigen Nachtheile für die Niederkünste dadurch abzumindern, daß man die Ursache derselben befreite, anstatt sich, wie bisher, den nachteiligen Wirkungen der Ursache ergebnisvoll dauernd zu unterwerfen und insbesondere immer wieder neue Notflansfonds zur Entschädigung der Überschwemmungen zu verausgaben. Die Abhilfe durch eine rationelle

seien, Berven, meine Wirkl. Ich g. „Wir könnten dort auf dem Wasser fahren und fischen. Unser Boot ist zwar nur ein elender, kleiner Drähm. Aber im nächsten Sommer muß Vater uns ein ordentliches Boot geben, in das wir ein Segel setzen können.“

„Die Sache muß noch überlegt werden, mein lieber Viking!“ wies Jakob ihn kurz ab. „Du mußt nicht zu viele Pläne machen.“

„Es sind so viele Fische dort, daß sie bald die Kosten des Bootes einbringen würden, Vater“, sagte Viking mit seinem aufrichtigen Überzeugungsskalen.

„Ja, das war eine Arbeit. Sie können es glauben“, erklärte Alette. „Im Herbst werden wir die Görkner herauskommen lassen, um Obstbäume und Sträucher zu pflanzen. Die Kinder beschäftigen darauf, daß wir unsere Silber-Hochzeit in einigen Jahren in unserem eigenen Hause feiern sollen. Es wäre sehr hübsch, wenn der Garten und die Bäume bis zu der Zeit etwas heranwachsen.“

„Ja, bis dahin!“ — fiel Jakob ein.

„Ach, mein Lieber, es soll doch auf alle Fälle ein Festtag werden, dessen die Kinder sich gern erinnern werden“, sagte Alette mit Nachdruck.

Wasserwirtschaft breche sich als Forderung weiterer Kreise immer mehr Bahn, wie dies u. a. die Verhandlungen des Landes Deconome-Collegium vom 22. November v. J. bewiesen. Wiederholte sei der Gegenstand auch im Landtag behandelt, wenn er auch wegen des Landtagschlusses nicht zur endgültigen Erledigung gekommen sei. Ebensso habe auch das Herrenhaus sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die das Thema direct berührenden Ausführungen der beiden Redner boten im Großen und Ganzen dasselbe Bild. Das Gesetz in seiner Schrift „Wie es hinter unseren Deichen aussehen möchtet“ entwickelt hat. In der an die Reserve sich knüpfenden Discussion, der folgende Resolution zu Grunde lag:

„Der Congress deutscher Landwirthe beschließt: Seiner Excellenz dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die bisherige wirtschaftliche Förderung der Streitungen, welche die Verbesserung der gesamten Wasserwirtschaft beweisen, verbindlichsten Dank abzustatten. Er beschließt ferner, unter Zustimmung zu dem vom königl. Landes Deconome-Collegium und Landwirtschaftsrath bezüglich der Wasserwirtschaft gesetzliche Beschlüsse, die ehrerbietigste Bitte an den Herrn Minister zu richten: 1. auf Errichtung von Stromämmern hinzuwirken, welche alle Interessen vertreten und von einer einheitlichen Centralinstanz ressortieren; 2. zu der im Interesse des Allgemeinwohls notwendigen Durchführung praktischer Versuche zum Einlassen von Hochwasser in durch Winterbede abgeschlossene Flussniederungen weitere Anregung zu geben und 3. den Erlass von Maßnahmen in Erwägung zu nehmen, wonach in neu anzulegenden Winterpoldern, zur Vermeidung der bisherigen Nachtheile, Einrichtungen zum Ein- und Auslassen des Hochwassers und Querdämme gegen Durchströmung der unterhalb belegenen Niederungen herzustellen und in allen bereits eingedeichten und noch einzudeichenden Niederungen Wohn- und Wirtschaftsgebäude bei Neu- und Hauptreparaturbauten auf wasserfreien Terrains oder Erschließungen, unter Gewährung staatlicher Bauprämien, zu erbauen sind. Sprachen sich sämtliche Redner, Graf Walramowitsch, Georg Gerson-Berlin, Prinz Schönisch-Carolath u. i. m. im Eiane der Ausführungen der beiden Wahlredner und für möglichst einstimmige Annahme der Resolution aus, die denn auch erfolgte.“

* Trennung der Bergabtheilung vom Ministerium für öffentliche Arbeiten. Dem preußischen Abgeordnetenhaus durften in kürzerer Zeit zwei auf die Trennung der Bergabtheilung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Zusammenbildung derselben zum Handelsministerium bezügliche Vorlagen zugehen, die eine in Form eines Zuständigkeitsgesetzes und die andere in Form eines Nachtragsetzes zum Statut des Handelsministeriums.

* [Casott über Emin] Die römische „Opinione“ publiziert ein Schreiben Casotti, der sich zusammen mit Emin Pascha Anfang März nach Europa einzuschaffen hofft. Casott vertheidigt Emin gegen die Verleumdungen gewisser angeblicher Freunde: Emin habe nicht die Absicht gehabt, in der Äquatorialprovinz zu bleiben, sondern er wollte aus guten Gründen nur den Abzug etwas verzögern.

* [Die deutsche Somali-Expedition], welche unternommen war, um die Anrechte der deutsch-ostafrikanischen Gejellschaft auf das nördliche Somaliland zu festigen, ist, wie ein italienisches Blatt meldet, am 5. Februar unverrichteter Sache von Halusa nach Aden zurückgekehrt. Die Somalis haben sich geweigert, mit den Deutschen zu verhandeln.

* [Bebel] wird das Hamburger Mandat ablehnen, sobald er in den Stichwahlen in einem anderen Wahlkreise gewählt sein wird.

* [Die Nationalliberalen und das Centrum.] Während die Nationalliberalen anfangs selbst für das Centrum bei den Stichwahlen gegen die Socialdemokraten eintreten wollten, proklamirt jetzt die „Nationalliberale Correspondenz“, das Organ der Partei, Wahlnthaltung in Mainz, Köln, Würzburg, Düsseldorf und überall da, wo Centrum und Socialdemokratie sich gegenüberstehen.

* [Einstimmige Wahl.] In Meppen ist Dr. Windthorst einstimmig mit 17 306 Stimmen gewählt worden.

* [Das Wahlresultat in Schleswig-Holstein.] Eine ziemlich zutreffende Zusammenstellung der Zahlenergebnisse der Reichstagswahlen liefert den ebenso schlagenden wie interessanten Beweis, daß in Schleswig-Holstein der enorme Zuwachs der socialdemokratischen Stimmen fast ausschließlich auf Kosten der Nationalliberalen erfolgt ist. Bei einer Wahlbereinigung wie im Jahre 1887 haben die Deutschfreisinnigen trotz der wahrhaft erstaunlichen Agitation der Socialisten dieselbe Stimmenzahl wie vor drei Jahren erzielt, nämlich circa 56 000 gegen 56 400 Stimmen im Jahre 1887; für die conservativen Candidaten wurden 1887 22 000 Stimmen, diesmal 21 500 Stimmen abgegeben. Die Nationalliberalen sind von 51 000 auf 33 000 Stimmen zurückgegangen; dagegen ist die socialistische Stimmenzahl von 37 000 im Jahre 1887 auf 59 000 emporgeschossen. Während demnach die Nationalliberalen 18 000 Stimmen eingebüßt haben, hat die Socialdemokratie 22 000 Stimmen gewonnen. Dass die Nationalliberalen einen derartigen Rückgang erfahren, ist um so bezeichnender, als die Beamtenschaft sich allmählich in Wahlaufrufen und Reden eifrigst für die nationalliberalen Candidaten begeistert hat.

* In Breslau, wo ein Freisinniger und ein Kartellkandidat in Stichwahl mit Socialdemokraten stehen, haben Kartell und Freisinn eine Vereinbarung auf gegenseitige Unterstützung bei der Stichwahl getroffen.

* In Teltow-Charlottenburg haben die Freisinnigen beschlossen, in der Stichwahl unter keinen

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 26. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde constatirt, daß die Nationalliberalen im Jahre 1884 sowohl in Köln wie in Hannover für die Socialdemokraten gestimmt haben und daß auch der nationalliberalen Abgeordnete Mittelhof dieses in Bezug auf Hannover nicht in Abrede gestellt hat. Der Statut des Innern wurde beendet. Es kamen denn noch Anträge, Wahlprüfungen und Petitionen zur Verhandlung. Morgen werden kleinere Vorlagen berathen.

Abg. Meyer-Arnswalde (wild-cons.) beantragt für die Landräthe eine Entschädigung für Porto-Umkosten. Geheimrat Haase sagte dies zu.

Bei den Forderungen für die Landgendarmerie verlangte Abg. v. Meyer Verbesserung der Bezahlungen, da in den meisten Provinzen Mangel an Gendarmen herrsche und es an Anwärtern fehle. Der Minister erkannte an, daß die Zahl der Gendarmen zu gering sei, doch müsse man die finanzielle Lage berücksichtigen; er hoffe, daß die in dem neuen Statut vorgeschlagene klassenweise Erhöhung der Gehälter die jetzt sehr große Zahl der Pensionsgesuchte herabmindern werde. Der Minister erklärte als sein Ideal die französische Einrichtung grüherer Gendarmeriedepots, modurch man die Möglichkeit haben würde, namentlich in großen Städten mit großer Arbeiterbevölkerung rasch eine große Anzahl von Gendarmen zu konzentrieren.

Abg. Mehner (Centrum) klagte über die unwürdige Behandlung der Gendarmen durch ihre militärischen Vorgesetzten, die um ganz geringfügiger Verleihen willen horre Arreststrafen zu verhängen pflegten.

„Ja, wir brauchen Verschleuder, Jakob, wenn wir in diesem Jahre noch Freude an dem Landhaus haben sollen. Ich muß bei Onkel Bosgraff wohnen, sie sind ganz böse, daß ich zu seinem einund siebenzigsten Geburtstag nicht dort war. Das Vernünftigste wäre, alles auf einmal zu begreifen, — die Bettlen, Teppiche und dergleichen.“

Es entstand eine peinliche Pause. Jakob stand ein wenig hastig auf und schob den Stuhl unter den Tisch. „Schicke uns den Kaffee ins Bureau, Alette!“

(Forts. folgt.)

Umfänden für den conservativen Candidaten, sondern für den sozialistischen einzutreten.

* In Erlangen-Fürth steht bekanntlich Stauffenberg mit dem Socialdemokraten Bebel in Stichwahl. Laut einem der „Frankf. Blg.“, jüngstgegangenen Privatelegramm proclamirt nun die Nationalliberalen Wahlnthaltung. Von anderer Seite wird diese Melbung bestätigt mit dem Hinweis, daß der Nationalliberalismus garnicht beansprucht, diese Parole ernstlich zu befolgen, sondern für Bebel und gegen Stauffenberg stimmen wird. — Das ist in der That eine treffliche Illustration zu der Parole der Parteilinie, niets gegen die Socialdemokratie einzutreten zu wollen. Noch heute röhrt die „Köln. Blg.“ mit Emphase ihren Parteigenossen, „niets den Gegner der Socialdemokratie zu unterstützen“. Was sagt sie zu Erlangen?

* In Bochum findet die Stichwahl zwischen Müllersiefen (nat.-lib.) und Schorlemer (Centr.) bereits statt.

Braunschweig, 25. Februar. Der Vorstand des liberalen Vereins für Braunschweig-Braunschweig lehnte, wie der „Doss. Blg.“ gemeldet wird, einstimmig das Antragen des nationalliberalen Parteivorsitzes ab, als Freisinnigen aufzufordern, in der Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Orlé und dem Socialdemokraten Bls. für Orlé einzutreten.

Mainz, 25. Februar. Die nationalliberalen Vertrauensmänner-Versammlung beschloß Wahlenthaltung bei der Stichwahl zwischen dem Socialisten und Centrum-candidaten.

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte in der heutigen Sitzung mit 277 gegen 236 Stimmen eine Abänderung der Geschäftsordnung der Kammer, nach welcher es fortan zulässig ist Deputierte, welche den Anordnungen des Präsidenten Gehorsam verweigern, während 30 Sitzungen auszuschließen. Drouède hatte gegen diese Abänderung protestiert wegen der beständigen Gefahr eines Missbrauchs durch die Majorität. (W. L.)

Italien.

Rom, 25. Februar. Der Papst empfing anlässlich des Jahrestages seiner Thronbesteigung den diplomatischen Vertreter, darunter auch den preußischen Gesandten v. Schlözer, und nahm deren Glückwünsche entgegen. (W. L.)

Schweden.

Stockholm, 25. Februar. Auf dem Gute Dreyen im Lehn Skaraborg hat vor einigen Tagen ein neuer Ausbruch der Schwedischen Rasse gefunden.

Japan.

* [Frauenbewegung.] Seit Japanerinnen in Amerika und Europa europäisches Familienleben kennen gelernt haben, hat auch in Japan eine Bewegung um sich gegriffen, welche eine würdigere Stellung der Frau erstrebt. An der Spitze dieser Bewegung steht die Kaiserin Haruko selbst, und ihr verdankt man nicht zum wenigsten die Gründung zahlreicher Schulen für Mädchen. Heutzutage gibt es deren 28 000 im Lande, an welchen ein vielseitiger Lehrplan eingeführt ist. Aber trotz der allgemeinen Schulpflicht genieht kaum die Hälfte der schulpflichtigen Kinder Unterricht. Da die Mädchen bereits mit vierzehn Jahren zu heirathen pflegen, werden sie früh ausgebildet und in die Pflichten des Lebens und der Ehe eingesetzt. Welcher Art diese Ausbildung ist, zeigt ein im Jahre 1882 zu diesem Zweck erschienenes Buch, das u. a. folgende Kapitel enthält: Biographien von Dichterinnen, Gedichte, der gute Ton in allen Lebenslagen, Heiratskalender und Briefsteller. Die fehlen dürfen die Lebensregeln des Confucius, welche befehlen, daß das Weib dem Manne unterthan sein muß.

Schweden.

Hannover, 25. Februar. Auf dem Gute Dreyen im Lehn Skaraborg hat vor einigen Tagen ein neuer Ausbruch der Schwedischen Rasse gefunden. Redner gab auch zu, daß Verhandlungen über einen Pakt mit den Socialdemokraten in Hannover und Köln damals stattgefunden haben, was ja auch von dem Abg. Sattler nicht gelehnt werden sei. Er meinte aber, das sei eigentlich eine nebenstehende Frage, da sich gestern der Streit nur um Mithräbäude und Ausnutzung eines durch Zufall in Bremen handelten Briefes gedreht habe. Abg. Bachem verwahrte sich zunächst in ruhiger Form, und als Cynern wiederum die Wahrheit seiner Darlegungen beweißte, in allerentschiedenster Weise gegen die Insinuationen der Nationalliberalen. Die Debatte schloß unter großem Lärm mit der Annahme des Commissars beschluß.

Bezuglich der Peillon betreffend die Einkommensverhältnisse der Lehrer an königlichen Gymnasien beantragt die Unterrichtscommission motivierte Tagesordnung. Abg. Drawe (freil.) und Schmeier (nat.-lib.) befürworten Überweisung an die Regierung zur Berücksichtigung. Nach langerer Debatte wird der Antrag Drawe angenommen.

Berlin, 26. Februar. Die offizielle Statistik

der Reichstagswahlen, welche heute im Abgeordnetenhaus bekannt wurde, überraschte durch die Größe der Verluste, welche das Cartell erfahren. Das Cartell hat (wie schon gemeldet D. R.) eine Million Stimmen eingebüßt, darunter die Nationalliberalen nahezu eine halbe Million. Die Socialdemokraten haben 1 341 587 Stimmen erhalten, also über eine halbe Million mehr, die Freisinnigen 202 000 mehr, die Volkspartei 22 000 mehr, das Centrum 206 000 weniger. Das Cartell hat zusammen 2½ Millionen Stimmen erhalten, Centrum, Freisinnige und Volkspartei allein schon über 100 000 Stimmen mehr als das gesamme Cartell. Der Zug nach links ist in viel schärferem Grade zum Ausdruck gekommen, als man erwartete.

Berlin, 26. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Unterstaatssekretärs Schraut in Straßburg, welche die Einfuhr und Durchfuhr von Schweinen, Kindern, Schafen und Ziegen aus Italien bis auf weiteres verbietet.

— Wie die „Frankf. Blg.“ berichtet, erschien in Friedberg (Wahlkreis Arnswalde-Friedberg) bei dem Führer der dortigen Socialdemokratie ein sein gekleideter Herr von nationalliberaler Seite und forderte denselben auf, für eine Vergütung von 1000 Mk. dahn zu wirken, die dortigen Socialdemokraten bei der Stichwahl zur Wahlenthaltung aufzufordern. Derselbe wies diesen Vorschlag zurück, selbst als der Herr ihm 1500 Mark bot. Als der Herr sein Angebot auf 3000 Mk. erhöhte, wies ihm der Führer der Socialdemokraten die Thür.

Köln 26. Februar. Der „Köln. Volksblg.“ prägte strikt seit heute die Belegschaften der Jchen Deimelsberg und Johann bei Steele.

Van Houten's Cacao

Bester — Im Gebrauch billigster.

^{1/2} Kg. genügt für 100 Tassen
feinster Chocolade.
Ueberall vorrätig.

Todes-Anzeige.
Am 23. d. Ms. Nachts
11½ Uhr, entstieß nach
mehrjährigem Krankenlager
unter lieber Bruder, Schwäger
und Onkel, der Gott-
wirth

Erdmann Krause,
im Alter von 66 Jahren,
war seinen Verwandten,
Freunden und Bekannten
statt jeder besonderer Mel-
dung anzeigen.

Danzig 28. Februar 1890

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet
Sonntag, den 2. März cr.,
Vormittags 11½ Uhr, vom
Sternschanze, Tischmarkt 46
aus, auf dem Kirchhof von
St. Johann statt. (9278)

Heute Morgen 5½ Uhr
starb nach schwärmigem
leidensvollem Leiden unter lieber
guter Beter, Schwieger-
vater, Bruder Schwager
und Großvater der Rentier
Wilhelm Alms
im 87. Lebensjahr.

Dieses zeigen hiermit tiefe-
devotionale Beileidsbekundung.

Die Ein erbliebenen.
Danzig, 25. Februar 1890.

Die Beerdigung findet

Montag, 3. März Nachm-

4 Uhr, auf dem Friedhof

zu Neustadt statt.

Die Beerdigung des verstorbenen
Gewerbelehrers

Theodor Meichior

findet Freitag, den 2. d. Ms.

Nachmittags 2½ Uhr, vom Trauer-

haus Steinmann 11 statt. (9292)

Jwangsvorsteigerung.

Im Wege der Jwangsvoll-

streitung soll das im Grundbuch

vom Vorort Stuthof, Kreis Danziger
Niederberg, Band I, Blatt 233,

auf den Namen des Carl

Alatz, welcher mit seiner Ehefrau

Marie, geb. Kleiß, in Güterge-
meinschaft lebt, eingetragene

hinter Stuthof Nr. 12 belegene

Grundstück

am 2. Mai 1890.

Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht,

Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer

Fläche von 16 ar 30 m² vom Grund-
steueramt verlangt. Auszug

aus der Steuerrolle, bestätigte

Abschrift des Grundbuchsblatts und

andere das Grundstück betreffende

Nachweisen können in der

Rechtschreiberei VIII, Zimmer

Nr. 43, eingesehen werden. (914

Danzig, den 17. Februar 1890.

Königl. Amtsgericht XI.

Jwangsvorsteigerung.

Im Wege der Jwangsvoll-

streitung soll das im Grundbuch

von Marienburg Band I, Blatt 28, auf

den Namen des Stations-For-

schers Alexander Pieczalski in

Horn eingetragen, im Kreise

Dr. Starck belegene Grund-

stück

am 7. Mai 1890.

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht

an Geschäftsstelle — Zimmer

Nr. 42 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 85,00 Ar-

Reinertrag und einer Fläche von

73,00 Ar 18 Hektar zur Grundstue-

rt mit 244 Ar Nutzfläche zur

Gebührenervertrag auszug

aus der Steuerrolle, beständige

Abschrift des Grundbuchsblatts

etwaige Abhöchungen und andre

das Grundstück betreffende Nach-

Weilungen, sowie besondere Aufl-

bedingungen können in der Ge-

richtsschreiberei Abh. Kl. 1, ein-

sehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung

des Urteils wird

am 7. Mai 1890.

Mittags 12 Uhr.

an Geschäftsstelle Zimmer Nr. 15,

verkündet werden. (9293)

Dr. Starck, 22. Februar 1890.

Königl. Amtsgericht.

Jwangsvorsteigerung.

In unserm Firmenregister ist

zufolge Verfügung vom 20. d. Ms.

heute unter Nr. 19 Folgendes

eingetragen worden:

Spalte 2, Bezeichnung des Fir-

ma-Inhabers:

Rauhmann Adolph Gerber

in Krakau.

Spalte 3, Ort der Niederlassung:

Krakau.

Spalte 4, Bezeichnung der Firma:

Adolph Gerber.

Spalte 5, Bemerkungen:

Der Rauhmann Adolph Ger-

ber in Krakau hat für die

Dauer seiner Ehe mit Rosalia

geb. Neumann, zur Verhand-

lung d. Kl. 10, den 7.

Januar 1890 in Gemeinschaft

der Güter und des Erwerbes

mit der Absicht ausge-

geschlossen, daß das von der

Ehefrau eingeschaffte oder

künftig zu erwerbende Ver-

mögen die Eigenschaft des

Do. beibehalten haben soll.

Adolph Gerber

am 21. Februar 1890.

Königl. Amtsgericht.

Jacob, Elbing

expediti Wagenladungen mit

Fußgängern.

(9233)

Ad. von Riesen.

Ad. von Riesen.